Kreisversammlung Rheingau-Taunus des Hessischen Städte- und Gemeindebundes
Am Markt 16, 65385 Rüdesheim

Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister:
ABSCHAFFUNG DER STRASSENAUSBAUBEITRÄGEN BEI KOSTENAUSGLEICH DURCH DAS LAND

Der gemeindliche/städtische Straßenbau kann dauerhaft nicht allein aus kommunalen Haushalten gestemmt werden, folglich ist eine grundsätzliche und möglichst für alle Kommunen gleiche Regelung erforderlich.
Die Bürgermeisterkreisversammlung des Landkreises Rheingau-Taunus fordert daher die Landesregierung auf, Regelungen zugunsten einer einheitlichen Praxis in Hessen verbindlich und zügig zu treffen, klare Finanzierungsvorschläge zu unterbreiten und Finanzmittel aus originären Landesmitteln zur Verfügung zu stellen.

Der kommunale Straßenbau ist in den letzten 15 Jahren und insbesondere nach der Finanzkrise 2008 aus Gründen der überaus angespannten Haushaltslage annähernd zum Erliegen gekommen, mit desaströsen Folgen für den Zustand der Gemeindestraßen.
Gleichzeitig wurden die Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises mit defizitären Haushalten gezwungen, Straßenbeitragssatzungen, soweit noch nicht geschehen, zu erlassen oder anzupassen.

Nach Verbesserung der Haushaltssituation haben etliche Kommunen Bauprogramme beschlossen, um die Infrastruktur zu retten und den Investitionsstau aufzulösen.
Dieses lobenswerte Vorgehen lässt nun viele Bürgerinnen und Bürger eine finanzielle Betroffenheit verspüren, was zu durchaus berechtigter Kritik führt.

Verstärkt wird diese durch den Beschluss der Landesebene, die Erhebung von Straßenbeiträgen wieder auf der örtlichen kommunalen Ebene entscheiden zu lassen.

Diese Problemlage zwischen den berechtigten Belangen der Anlieger und den infrastrukturellen Notwendigkeiten, ist von den Kommunen nicht aufzulösen.

Gibt man den Bemühungen von Bürgerinnen und Bürgern zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach, und schafft die Straßenbeiträge ab, reduzieren sich Bauprogramme und Baumaßnahmen erheblich, die Infrastruktur wird mittelfristig substanziellen Schaden nehmen.
Hält man an den Straßenbeitragssatzungen fest, bleibt es bei den zum Teil erheblichen Belastungen der Anlieger oder es werden andere Finanzierungswege gefunden, die die gesamte Bevölkerung belasten.
Insbesondere finanzschwächere Kommunen werden auf eine Mitfinanzierung durch die Bürgerschaft, in welcher Form auch immer, angewiesen sein, um im Sinne der Allgemeinheit die Infrastruktur zu erhalten.

Im Resultat schaffen nun einige Kommunen die Straßenbeiträge ab, so dass die Ungleichbehandlung unter hessischen Kommunen und ggfs. die Abhängigkeit der notwendigen Investitionen von der jeweiligen Wirtschaftslage immer stärker in den Vordergrund tritt.

Diese Regelungen halten wir für eine Benachteiligung, insbesondere der weniger finanzstarken Gemeinden, die weiterhin auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen angewiesen sein werden. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum.
Damit werden die ohnehin schon ungleichen Verhältnisse im Land Hessen weiter verschärft.

Unter dem Aspekt der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Hessen ist eine einheitliche landesweite Regelung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge notwendig und eine sinnvolle Finanzierung der Straßenerneuerung von Ortsstraßen auf den Weg zu bringen.

Die Bürgermeister der Bürgermeisterkreisversammlung des Landkreises Rheingau-Taunus fordern daher die Landesregierung auf, den Bürgerfrieden durch klare Regelungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und finanzielle Unterstützung der hessischen Kommunen aus originären Landesmitteln wiederherzustellen.

Bad Schwalbach, den 12.04.2019

Bürgermeister Scheliga, Aarbergen

Bürgermeister Kunkel, Eltville am Rhein

Bürgermeister Aßmann, Geisenheim

Bürgermeister Diefenbach, Heidenrod

Bürgermeister Bauer, Hohenstein

Bürgermeister Kraus, Hünstetten

Bürgermeister Herfurth, Idstein

Bürgermeister Steinmacher, Kiedrich

Bürgermeister Helbing, Lorch am Rhein

Bürgermeister Reimann, Niedernhausen

Bürgermeister Heil, Oestrich-Winkel

Bürgermeister Mosler, Rüdesheim am Rhein

Bürgermeister Eyring, Schlangenbad

Bürgermeister Hußmann, Bad Schwalbach

Bürgermeister Zehner, Taunusstein

Bürgermeister Hies, Waldems

Bürgermeister Kohl, Walluf